

20 Jahre Gewöhnung

Tom Stroschneider über Wehrerziehung an Kindern, den deutschen Marsch in eine Kultur des militärisch Selbstverständlichen und die Karlsruher Out-of-Area-Entscheidung von 1994

Von Tom Stroschneider



Foto: dpa/Christian Charisius

In Thüringen gibt es eine von der regionalen Wirtschaft geförderte Stiftung, die Bildung fördern will. Am Freitag wurde bekannt, dass diese Stiftung mit der Bundeswehr eine Vereinbarung geschlossen hat: um bei der frühkindlichen Erziehung in sicherheitspolitischen Fragen zu kooperieren, hieß es da.

Was hier so technisch-nüchtern klingt, lässt sich als Ausdruck einer erfolgreichen Gewöhnung begreifen: Ein Land, in dem es für akzeptabel gehalten wird, dass sich das Militär in die Erziehung einmischt, muss einen weiten Weg gegangen sein. Und es ist nur ein Beispiel unter vielen in einer Welt voller Jugendoffiziere und Bundeswehrwerbung an Schulen und Unis, etwas, über das die amtierende Regierung in ihrem Koalitionsvertrag sagt, es sei »für uns selbstverständlich«.

Das war nicht immer so. Und es kam nicht aus Versehen. Es gibt unzählige Daten, die den deutschen Marsch in eine Kultur des militärisch Selbstverständlichen säumen.

Die Beteiligung an Angriffskriegen gehört dazu wie »Verteidigungspolitische«

Richtlinien, die den Vorrang wirtschaftlicher und imperialer Interessen unverhüllt formulieren. Es gehören »Reformen« der Bundeswehr dazu, welche die Einsatztauglichkeit in Wüsten und vor entfernten Küsten verbessern sollen. Es gehört eine Rüstungspolitik dazu, die Kriegsgerät beschafft, dem man sogleich ansieht, was es von der eigentlichen verfassungsmäßigen Beschränkung der Streitkräfte auf die Verteidigung hält. Es gehört eine Sprache des modernen Krieges dazu, die wieder »Gefallene« kennt und von »asymmetrischen Konflikten« zu sprechen weiß. Die Liste ließe sich verlängern, auch um die bekannte Zahl der toten Soldaten und die unbekannte der zivilen Opfer einer Politik, die schon längst nicht mehr nur vorgibt, irgendeine Sicherheit müsse am Hindukusch verteidigt werden. Sondern die von »Verantwortung« redet und dabei Ambition meint. Streben. Anspruch.

Eine entscheidende Wegmarke auf diesem Marsch war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor 20 Jahren, mit dem »Out of area«-Einsätze für verfassungsgemäß erklärt wurden. »Ein zentrales außen- und sicherheitspolitisches Ziel der Bundesregierung ist damit erreicht«, erklärte damals der Außenminister von der inzwischen abgeschriebenen FDP. Klaus Kinkel kritisierte auch die SPD, die Auslandseinsätze damals noch ablehnte. Er tat dies mit Worten, die einem aus heutigen Debatten bekannt vorkommen: Die Sozialdemokraten würden sich ins Abseits stellen, nur Politik der Worte machen und außerdem müssten sie doch endlich erkennen, dass es mitunter nötig sei, das Völkerrecht und die Menschenrechte militärisch zu schützen.

Die SPD hat das inzwischen ebenso »erkannt« wie die Grünen. Dass man es sich mit einem Nein zu Kriegen nicht einfach machen darf, wenn es gegen Kriegstreiber und Menschenschinder geht, ist dabei so richtig, wie es zur Wahrheit dazugehört, dass die Bilanz der seither und angeblich im Dienste der Menschenrechte geführten Waffengänge kein Ja nachträglich gerechtfertigt hätte.

Apropos nachträglich: 1994 wurde eine »Normalität« verfassungspolitisch abgesichert, die längst durchgesetzt war. Es gab die Auslandseinsätze ja schon - und seither sind neue hinzugekommen. 20 Jahre Gewöhnung an das Militärische, 20 Jahre Austreibung einer Mehrheitshaltung, die weder immer pazifistisch und schon gar nicht automatisch links ist - aber immer noch besser als ein Bundespräsident, der sie als »Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit« diffamiert.

Es ist nach verschiedenen Einlassungen von Joachim Gauck die Frage aufgeworfen worden, ob hier der Lautsprecher eines neuen außenpolitischen Paradigmas versucht, die Deutschen den »guten Krieg« zu lehren. Nein. Denn seit 1994 haben das auch andere getan und so betrachtet setzt Gauck fort, was seit über zwei Jahrzehnten Gegenstand der Gewöhnung ist - und hierzu sei ein kritischer Sozialdemokrat zitiert, Hans Misselwitz: »... dass die nationalen Interessen Deutschlands immer stärker ins Zentrum einer militärischen Strategie rücken, dass man den ›Selbstbehauptungswillen‹ der Nation nun auch durch militärische Fähigkeiten gedeckt sehen will und dass der Begriff ›Friedenspolitik‹ aus dem politischen Vokabular der Reden verschwunden ist.«

In Thüringen geht das offenbar schon in der frühkindlichen Bildung los.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/938980.20-jahre-gewoehnung.html>